

FÖRDERVEREIN KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. – Kartäusergasse 9-11 – 50678 Köln

Pressemitteilung
13.03.2013

Sperrfrist: 12:00 Uhr

Keine restriktiven Sonderregelungen für Roma aus Bulgarien und Rumänien:

Flüchtlingsrat kritisiert geplante Stadtrats-Resolution zur Migration aus den südosteuropäischen EU-Staaten

Resolutionstext muss geändert werden - Fraktionen sollen Stellung beziehen

Der Kölner Flüchtlingsrat e. V. kritisiert die für die Sitzung des Kölner Stadtrates am 19.03.2013 vorgesehene Resolution von SPD, CDU, Grünen und FDP „Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten Südosteuropas – Resolution an die Bundesregierung“ als gefährlich und Spiel mit dem Feuer.

Der Resolutionstext bezieht sich speziell auf das Freizügigkeitsrecht von Angehörigen der Staaten Rumänien und Bulgarien und dessen Folgen. Nach der Ratsresolution stelle bereits jetzt schon die eingeschränkte Freizügigkeit eine „außergewöhnliche Herausforderung“ für die betroffenen Städte dar, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen könnten. **„Der Rat appelliert daher eindringlich an die Bundesregierung, auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Migration deutlich reduzieren und die soziale Balance in den Städten erhalten“** (hervorgehoben d. KFR e.V.).

Claus-Ulrich Pröhl, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates e. V.

„Ohne sie beim Namen zu nennen zielt diese Resolution ganz offensichtlich auf Roma als die größte Gruppe der Armutsmigranten aus den beiden Ländern. Wir sehen mit großer Sorge, dass mit den jetzt geforderten ‚Rahmenbedingungen‘ ordnungs- und leistungsrechtliche Einschränkungen auf EU- und Bundesebene explizit für diese Personengruppe gemeint sein könnten. Restriktionen und Sonderbehandlungen in Zusammenhang mit einer ethnisch identifizierbaren Gruppe wären aber diskriminierend, wenn nicht gar rassistisch. Deshalb wären auch Forderungen in diese Richtung nicht hinnehmbar.“

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Geschäftsstelle:

Haus der Evangelischen Kirche
Kartäusergasse 9-11
50678 Köln

Fax: 0221 3382 237
home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Sprechstunden nach Vereinbarung

Claus-Ulrich Pröhl

Geschäftsführer
Fon: 0221 3382 249
Mobil: 0171 7992 647
Email: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Mitarbeiter/innen:

Özlem Esen

Fon: 0221 16824196
Mobil: 0178 2078852
Email: esen@koelner-fluechtlingsrat.de

Nahid Fallahi

Fon: 0221 16860571
Email: fallahi@koelner-fluechtlingsrat.de

Lina Hüffelmann

Fon: 0221 3382 126
Mobil: 0151 19326154
Email: hueffelmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Thomas Zitzmann

Fon: 0221 16824196
Email: zitzmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Föv KFR e.V. – gesetzlich vertreten durch den Vorstand:
Wolfgang Schild, Rechtsanwalt,
Prof. Dr. Markus Ottersbach

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Altstadt vom 29.04.2011 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

**Spendenkonto des Fördervereins
Kölner Flüchtlingsrat e. V.:**

**Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98
Konto-Nr.: 22 10 20 40**

**IBAN: DE28 370501980022102040
SWIFT-BIC: COLSDE33**

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. begrüßt ausdrücklich die Kommentierung der Resolution seitens des Rats Herrn Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen) am 06.03.2013 (s. <http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/folgen-der-eu-suedost-erweiterung-gruene-fordern-wirksame-massnahmen-in-den-beitrittsstaaten-und-fuer-deutsche-zuzugsstaedte.html>).

Der Flüchtlingsrat fordert die drei anderen Resolutionsfraktionen auf, inhaltlich Stellung zu beziehen, sich gegen jegliche Diskriminierung von Roma auszusprechen und Druck auszuüben, die Gründe für die Armutsmigration zu bekämpfen.

Pröll:

„Der Resolutionstext muss entsprechend geändert oder zumindest im Rahmen einer Fußnote konkretisiert werden.“

Die Lage der Roma in Bulgarien und Rumänien ist katastrophal. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Falle Bulgariens erst vor wenigen Tagen den Länderbericht „Geschlossene Gesellschaft“ veröffentlicht (s. <http://www.koelner-fluechtlingsrat.de/download/2013-03-08Bulgarien.pdf>).

Nach Auffassung des Kölner Flüchtlingsrats e. V. sollte die Bundesregierung gedrängt werden dafür Sorge zu tragen, durch geeignete und vor allem nachhaltige Maßnahmen auf EU-Ebene die Lebensbedingungen der Roma in Bulgarien und Rumänien rasch zu verbessern und echte Lebensperspektiven zu schaffen. Ihre Ausgrenzung aus den sozialen und wirtschaftlichen Systemen muss beendet werden und Diskriminierungen und Übergriffe gegen sie dürfen nicht mehr geduldet werden. Obwohl die EU in der Vergangenheit wiederholt auf die Notwendigkeit einer besseren Integration der Roma hingewiesen und Maßnahmen in den südosteuropäischen Ländern finanziert hat, sind Fortschritte dort in keiner Weise zu erkennen.

Pröll:

„Wir brauchen keine restriktiven Sonderbehandlungen für bereits in ihren Ländern ausgegrenzte EU-Bürger, sondern wir brauchen massiven Druck auf die Regierungen Bulgariens und Rumäniens und ggf. auch harte Sanktionen gegen sie. Wir brauchen aber auch Hilfs-, Beratungs- und Integrationsangebote für diesen Personenkreis hier bei uns. Das europäische Freizügigkeitsrecht darf nicht eingeschränkt werden. Allerdings müssen auch die möglichen Folgen der innereuropäischen Migration, mit denen sich ausschließlich die Kommunen befassen müssen, von der Bundesregierung finanziert werden. Dies betrifft sowohl Transferleistungen als auch geeignete Integrationsangebote.“

Der Kölner Flüchtlingsrat e. V. fordert die Stadt Köln auf, die mit dem Zuzug von EU-Bürger/innen aus den beiden Ländern entstandenen sozialen Probleme in humanitärer Weise anzugehen und gemeinsam mit den Verbänden und freien Trägern Lösungen zu entwickeln.

gez. Claus-Ulrich Pröll

Rückfragen und weitere Informationen: 0171 / 7992647